

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke, Wolfgang Neskovic,
Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/8838 –**

15 Jahre nach Änderung des Grundrechts auf Asyl – Für einen rechtsstaatlichen Umgang mit Schutzsuchenden in Deutschland und in der Europäischen Union

A. Problem

Die Antragsteller beanspruchen durch eine Vielzahl von detailliert aufgezählten Maßnahmen und Forderungen eine vollkommene Umkehr der heutigen europäischen und nationalen Asyl- und Flüchtlingspolitik.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/8838 abzulehnen.

Berlin, den 24. September 2008

Der Innenausschuss

Sebastian Edathy
Vorsitzender

Helmut Brandt
Berichterstatter

Rüdiger Veit
Berichterstatter

Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Josef Philip Winkler
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Helmut Brandt, Rüdiger Veit, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Ulla Jelpke und Josef Philip Winkler

1. Überweisung

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 16/8838** wurde in der 163. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. Mai 2008 an den Innenausschuss federführend sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 70. Sitzung am 24. September 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 110. Sitzung am 24. September 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 96. Sitzung am 24. September 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 64. Sitzung am 24. September 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 67. Sitzung am 24. September 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 68. Sitzung am 24. September 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimment-

haltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

3. Beratung im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/8838 in seiner 75. Sitzung am 24. September 2008 abschließend beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** verweist auf ihren umfänglich begründeten Antrag. Die faktische Abschaffung des Asylgrundrechts vor 15 Jahren hätte enorme Verschlechterungen des Flüchtlingsschutzes herbeigeführt. Auch wenn diese damals schon äußerst diskriminierend und mehr als unrechtmäßig gewesen seien, stelle sich bei rückläufigen Asylbewerberzahlen heute erst recht die Frage, warum das auf Abschreckung abzielende Sonderverfahrensrecht immer noch bestehe.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** könne zwar etliche aufgeworfene Probleme des Flüchtlingsschutzes in dem Antrag teilen. Eine Zustimmung wäre aber nur möglich, wenn der Feststellungsteil eine gänzlich andere Diktion erhalte. Durch die Unterschrift Oskar Lafontaines unter diesen Antrag sei im Übrigen ein Glaubwürdigkeitsdefizit bei der Fraktion DIE LINKE. zu konstatieren.

Die **Fraktion der FDP** lehnt den Antrag ab. Für sie ist dieser Antrag keine taugliche Grundlage für eine seriöse Debatte über das Asylrecht. Insbesondere bei der Begründung und auch generell in der Tonlage sei der Antrag eine Zumutung und vollkommen inakzeptabel.

Die **Fraktion der SPD** lehnt den Antrag ebenfalls ab. Einige Punkte, die von der Fraktion DIE LINKE. aufgeführt werden, seien zu diskutieren. Insgesamt beinhalte der Antrag aber eine undifferenzierte Sichtweise.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betont, dass die Erfahrungen mit den Regelungen, die von der Fraktion DIE LINKE. kritisiert werden, als gut zu bezeichnen seien. Diese seien nicht nur im öffentlichen Interesse und zur Missbrauchsverhinderung beschlossen worden, sondern lägen auch im Interesse der Betroffenen, denen z. B. ein kürzeres Anerkennungsverfahren zugute komme. Die Fraktion DIE LINKE. rede von Gewährung politischen Asyls, in Wahrheit gehe es aber um eine vollkommen unbegrenzte Zuwanderung. Die Fraktion der CDU/CSU lehne dies rundweg ab.

Berlin, den 24. September 2008

Helmut Brandt
Berichterstatter

Rüdiger Veit
Berichterstatter

Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Josef Philip Winkler
Berichterstatter

